Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Schule als Schutzraum – Weitere Maßnahmen gegen rechtsextreme Einflussnahme und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an Münchner Schulen

Antragssteller*innen: Emily Wachelka, Carmen Romano, Sally Zieglgänsberger

Eingebracht in dem Ausschuss A1 und Ausschuss A4 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 95-23-26

Vollversammlung vom 01.12.2025

I.Antrag:

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München beantragt, dass der Stadtrat zusätzliche und vertiefende Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremer Einflussnahme, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung an Schulen in München ergreift. Diese ergänzen bestehende Initiativen des Referats für Bildung und Sport sowie der Fachstelle für Demokratie wie im Stadtratsantrag vom 20.05.2025 beschrieben.

1. Flächendeckende Sichtbarkeit der Anlaufstelle an Schulen aller Trägerschaften

Die Sichtbarkeit der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass soll durch gezielte Kampagnen an allen Schulformen (städtisch, staatlich, privat) erhöht werden – z. B. durch altersgerechte Infomaterialien, Plakate, Elternbriefe sowie eine digitale Präsenz über Schulwebsites und -plattformen. Schulen sollen zur aktiven Verbreitung der Angebote motiviert werden.

2. Verstärkte strukturelle und finanzielle Förderung der Fachstelle für Demokratie

Die Fachstelle soll finanziell, personell und organisatorisch gestärkt werden, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden – insbesondere im Hinblick auf mobile Beratungsteams, kurzfristige Interventionen an betroffenen Schulen sowie koordinierende Tätigkeiten mit externen Trägern.

3. Qualifizierung neuer Lehrkräfte und pädagogischer Fachkräfte

Neben bereits vorhandenen Angeboten werden verpflichtende Module zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Social-Media-Kompetenz und Rassismus

sensibler Sprache in die Ausbildungs- und Einführungsprogramme für neue Lehrkräfte und Schulsozialarbeit integriert.

4. Förderung schulischer Demokratieprojekte auf Schüler*inneninitiative

Neben Peer-to-Peer-Projekten wie der „Meerschweinchen-Verschwörung“ sollen auch von Schüler*innen selbst initiierte Projekte zur Auseinandersetzung mit Demokratie, Pluralismus und gesellschaftlicher Vielfalt finanziell und organisatorisch unterstützt werden – z. B. im Rahmen von Projektwochen, Schülerzeitungen, Theatergruppen oder Podcasts.

5. Pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Social-Media-Trends

Die Fachstelle für Demokratie soll in Kooperation mit dem Pädagogischen Institut und externen Trägern digitale Unterrichtsbausteine entwickeln, um Lehrkräfte gezielt zu befähigen, mit viralen Phänomenen wie dem Sylt-Video pädagogisch sinnvoll umzugehen – inklusive Materialien für Elterngespräche und für den Einsatz in AGs oder Medienkunde.

6. Kooperation mit externen Akteuren verstärken – Fokus auf Realschulen und Gymnasien

Auf Basis der Monitoring Daten sollen besonders betroffene Schularten gezielt mit zivilgesellschaftlichen Trägern vernetzt werden, die professionelle Workshops und Projekte zur Antidiskriminierung und politischen Bildung anbieten. Hierzu sollen feste Partnerschaften entstehen.

7. Evaluation und Berichterstattung in den Bildungsausschüssen von Migrationsbeirat und Stadtrat

Die regelmäßig erscheinenden Monitoring-Berichte der Fachstelle für Demokratie sollen künftig institutionalisiert sowohl im Bildungsausschuss des Migrationsbeirats als auch im Bildungsausschuss des Stadtrats präsentiert werden. Aus den Berichten sollen klare Handlungsempfehlungen für Schulträger und Schulverwaltung abgeleitet und in die jeweiligen Gremien eingebracht werden.

II. Begründung:

Der Monitoring-Bericht 2025 dokumentiert 127 gemeldete Vorfälle aus dem Jahr 2024 an Münchner Schulen, darunter zahlreiche rassistische, antisemitische und queer feindliche Beleidigungen sowie rechtsextreme Symbole und Schmierereien. Das zeigt: Schulen sind nicht nur Lernorte, sondern auch Spiegel der gesellschaftlichen Polarisierung.

Social-Media-Trends wie das „Sylt-Video“ wirken weit über den Bildschirm hinaus und müssen pädagogisch bearbeitet werden. Die städtische Anlaufstelle leistet hier bereits

wichtige Arbeit, benötigt aber gezielte strukturelle Verstärkung, um präventiv und reaktiv wirken zu können – auch an nicht-städtischen Schulen.

Die im SZ-Artikel vom 15. Mai 2025 beschriebenen Flugblattaktionen rechtsextremer Gruppen vor Münchner Gymnasien zeigen, wie gezielt junge Menschen angesprochen werden. Dem muss mit vielfältigen und dauerhaft verankerten Maßnahmen begegnet werden, um Schulen als Schutzräume zu sichern.

Quellen:

● Süddeutsche Zeitung, 15.05.2025: „Rechtsextreme verteilen erneut Flyer an Gymnasien“
● Fachstelle für Demokratie: Monitoring-Bericht 2025
● Broschüre „Rassismussensibler Sprachgebrauch an Münchner Schulen“
● Broschüre „Neutrale Schule?“ (Fachstelle für Demokratie, 2025)
● Stadtratsantrag „Münchner Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen“, 20.05.2025

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen

gez.	gez.	gez.
Dimitrina Lang	Lara Galli	Arif Abullah Haidary
Vorsitzende	1. Stellvertretende Vorsitzende	2. Stellvertretender Vorsitzender